
Dringlichkeitsantrag

des NEOS-Landtagsklubs (Erstantragsteller Klubobmann Dominik Oberhofer)
betreffend:

EU-Untersuchungsausschuss zu den nationalen Grenzschießungen innerhalb der Europäischen Union

Der Landtag wolle beschließen:

„Der Tiroler Landtag spricht sich für einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss auf europäischer Ebene (Artikel 226 AEUV), hinsichtlich aller Grenzschießungen innerhalb des Schengenraumes aus. Um dies zu untermauern, wird der Landeshauptmann beauftragt mit diesem Wunsch schriftlich an den EU-Parlaments-Präsidenten heranzutreten. Außerdem soll von allen Tiroler Landtagsparteien in den europäischen Fraktionen hierfür aktiv geworben werden.“

Bei Nichtzuerkennung der Dringlichkeit möge der Antrag gem. § 27 Abs. 3 GO-LT dem **Ausschuss für Föderalismus und Europäische Integration** zugewiesen werden.

Begründung

Die Reisefreiheit im Schengenraum ist eine der Grundfreiheiten im Rahmen des freien Personenverkehrs der EU. Um den Eintrag von Corona-Mutationen nach Deutschland zu bremsen, hatte der deutsche Innenminister Horst Seehofer (CSU) die Einreise aus Tschechien, der Slowakei und Teilen Tirols untersagt. Die Grenzkontrollen führen jedoch zu Planungsunsicherheiten, immensen finanziellen Schäden, psychischen Belastungen und vielen weiteren menschlichen, wirtschaftlichen sowie umwelttechnischen Problemen (Stichwort Rückstau). Die vorgeschobene Begründung der Eindämmung der Pandemie durch die Grenzschießungen ist fadenscheinig und nicht zielführend. Der Nutzen der genannten Maßnahmen steht in keinem Verhältnis mit den einhergehenden Problemen.

Wichtige politische Akteure sind sich der hier genannten Problematik bewusst, so teilte die EU-Kommission bereits mit, dass ihr das deutsche Vorgehen missfällt. Des Weiteren unterstütze auch der ÖVP Außenminister Alexander Schallenberg unsere Forderung und

kritisierte die Maßnahmen und deren Auswirkungen: *"Die Maßnahmen haben ganz schwerwiegende Auswirkungen auf ganz Österreich und stehen daher in einem klaren Widerspruch zu den lessons learned aus dem letzten Frühjahr".*¹

Auch weitere Akteure, wie der deutsche Industrieverband BDI oder der Verband der Automobilindustrie (VDA), warnten vor den schwerwiegenden Folgen durch die Grenzschließungen.²

In einem vereinten Europa ohne Grenzkontrollen reisen zu können, war ein lang erhoffter Traum früherer Generationen. 1985 wurde das Europa ohne Schlagbäume vereinbart, 1995 wurde es Realität. Mittlerweile gehören dem bereits 26 Staaten mit 400 Millionen Europäer_innen dem Schengen-Raum an. Damit wir weiterhin von einem vereinten Europa sprechen können, ist es nötig, dass wir nun gemeinsam aufstehen und uns für ein Europa ohne Grenzen einsetzen. Als Unterstützung, dass illegale Grenzschließungen nicht mehr vorkommen, braucht es nun einen Untersuchungsausschuss auf europäischer Ebene, damit in Zukunft klare Richtlinien herrschen und wir wieder unseren Traum eines vereinten Europas weiterträumen können.

Damit das Europaparlament einen Untersuchungsausschuss einrichten kann, muss ein Viertel der EU-Abgeordneten zustimmen. Fünf der sechs im Tiroler Landtag sitzenden Parteien sind Mitglied einer EU-Parlamentarischen Fraktion. Würde sich der Tiroler Landtag einheitlich für einen Untersuchungsausschuss auf Europäischer Ebene aussprechen und diese Entscheidung in Fraktionssitzungen hineinragen, würde die 25% Hürde kein Problem darstellen.

Die **Dringlichkeit** begründet sich mit den zahlreichen Problemen durch die weiter andauernden Grenzschließungen innerhalb des Schengenraumes.



Innsbruck, am 04. März 2021

¹ <https://www.sueddeutsche.de/politik/grenzkontrollen-horst-seehofer-europaeische-union-coronavirus-1.5207146>

² <https://www.sueddeutsche.de/politik/grenzkontrollen-horst-seehofer-europaeische-union-coronavirus-1.5207146>